



# Stuttgarter Erklärung

Beschluss der Bundesmitgliederversammlung der LSU Deutschlands  
05. November 2023 – Stuttgart

**Kulturkampf beenden.**

**Verständigung suchen.**

**Zusammenhalt schaffen.**

## Kulturkampf beenden.

Die Polarisierung in unserer Gesellschaft nimmt zu. Es geht dabei nicht nur um strittige Themen zu politischen Sachfragen. Längst ist auch wieder ein Kulturkampf über Lebensweisen, Identitäten und Sprache im Gange, dessen Auswüchse wir unter anderem in den Vereinigten Staaten bereits beobachten können. Sie führen zu Ausgrenzung, Spaltung und Hass.

Doch auch in Deutschland wird das Klima rauer. Die Stimmung gegen Menschen anderer sexueller oder geschlechtlicher Identität wird aggressiver, queerfeindliche Gewalttaten werden mehr. Klar ist: Polarisierung schadet einer offenen Gesellschaft und damit auch Minderheiten.

Als queere Organisation in CDU und CSU wenden wir uns deshalb entschieden gegen jedwede Form des Kulturkampfes – von links wie von rechts! Für uns steht in der Gesellschaft das Verbindende über dem Trennenden, stehen Gemeinsamkeiten über den Unterschieden. Wir wollen Brücken bauen, versöhnen statt spalten. Denn nur so wird Vielfalt zur Bereicherung für alle.

## Verständigung suchen.

- 1. Wir verorten queere Menschen in der Mitte der Gesellschaft.** Entsprechend erteilen wir einer Identitätspolitik, die sich vor allem in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft definiert, eine klare Absage. Denn ein Freund-Feind-Denken vertieft gesellschaftliche Gräben, statt sie zu überwinden – zum Nachteil der queeren Community!



Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von bestimmten Merkmalen oder Zuschreibungen seinen Platz in ihrer Mitte erhält. Statt Menschen einseitig auf ihre Identität zu reduzieren, sollte es in unserer Gesellschaft keine Rolle mehr spielen, woher jemand kommt, was jemand glaubt oder wen jemand liebt. Persönliche Identitäten dürfen daher auch nicht Gegenstand eines rechten oder linken Kulturkampfes sein.

Gerade im Kampf gegen Diskriminierung dürfen nicht allein bloße Wahrnehmungen oder „überwiegende Wahrscheinlichkeiten“ genügen, sondern müssen konkrete, empirisch greifbare diskriminierende Handlungen ausschlaggebend bleiben. Denn die diskursive Verengung auf reine Gruppenzugehörigkeiten, die als „Täter“ und „Opfer“ schablonenhaft gegeneinander in Stellung gebracht werden, befördert nicht nur gesellschaftliche Spaltung. Sie führt auch zur Nivellierung nicht vergleichbarer Fälle und damit zur Verharmlosung tatsächlicher Diskriminierung; verbunden mit der Gefahr, dass die Gesellschaft echte Diskriminierung nicht mehr wahrnehmen und erfassen kann.

- 2. Wir wollen Diskursräume offenhalten.** Denn eine vielfältige Gesellschaft braucht den Austausch wie der Mensch die Luft zum Atmen. Ohne Austausch ist keine Verständigung und auch kein Zusammenhalt möglich. Wir müssen in unserer Gesellschaft wieder stärker hin- und zuhören, vor allem müssen wir den Andersdenkenden verstehen wollen. Niemand sollte sich oder die Gruppe, der er sich zugehörig fühlt, zum Maß aller Dinge machen.

Konkret heißt das: Weder sollten Anliegen aus der Community vorschnell als „Gender-Gaga“ oder als „Partikularinteressen“ scheinbar zu vernachlässigender Minderheiten abgetan, wegdiskutiert oder lächerlich gemacht werden, noch sollte jede Kritik oder abweichende Meinung aus der Mehrheitsgesellschaft pauschal als diskriminierend, homo- oder transphob ausgegrenzt und mundtot gemacht werden.

Ausdrücklich bekennen wir uns zur Pluralität von Meinungen und gegen einen auf Dogmen und Feindbilder verengten Diskurs. Wir werben für ein Diskussionsklima, das getragen ist von Respekt, Wohlwollen und Empathie und das Platz schafft für rational-sachliche Argumentation.

Wir wenden uns folglich auch gegen die Zensur historischen Kulturguts, das losgelöst vom historischen Kontext als „diskriminierend“ gebrandmarkt wird. An die Stelle von anhaltender Kränkung und fehlender Resilienz muss eine aufgeklärt-selbstbewusste Auseinandersetzung treten, die einer historischen Beurteilung gerecht wird.



Außerdem stehen wir im Sinne der Forschungsfreiheit für den Erhalt von Gender- und Geschlechterstudien an unseren Hochschulen, da sie wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse über Ursachen und Mechanismen gesellschaftlicher Diskriminierung und fehlender Gleichstellung liefern können. Allerdings sollte entsprechende Lehre und Forschung nicht ideologisch vereinnahmt und instrumentalisiert werden.

- 3. Wir wollen Vielfalt leben – ohne Angst.** Folglich werben wir für Sichtbarkeit von Vielfalt in all ihren Ausprägungen und für Toleranz, wo diese Sichtbarkeit als herausfordernd oder verstörend wahrgenommen wird. Klar ist für uns, dass Kinder vor sexualisiertem Kontext zu schützen sind; nicht jedoch vor der bloßen Buntheit gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Die Sichtbarkeit nicht-heterosexueller Lebensweisen und Identitäten muss in unserer Gesellschaft ebenso selbstverständlich möglich sein wie ein unverkrampfter Umgang mit der Travestie- und Drag-Kunst – auch und gerade bei der Bildung von Kindern und Heranwachsenden. Daher stehen wir etwa auch ohne Wenn und Aber zu Drag-Lesungen, da Rollenwechsel und Verkleidung Themen sind, die Kinder nicht gefährden, sondern mit denen sich Kinder von sich aus beschäftigen. Eine „Cancel Culture“ lehnen wir auch in diesem Zusammenhang ab. In einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft gilt es, Berührungsängste abzubauen. Wir warnen daher grundsätzlich vor einer neuen gesellschaftlichen Prüderie und vor moralisierender Panikmache!

- 4. Wir sehen nicht nur uns selbst.** Denn als Angehörige einer Minderheit sind wir in unserem Streben nach Anerkennung und Akzeptanz auf die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft angewiesen; darauf, dass sich andere auf unsere Perspektive einlassen. Im Bewusstsein dessen werben wir nicht nur für einen konstruktiven Diskurs mit Andersdenkenden aus der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft. Wir treten auch dafür ein, dass andere gesellschaftliche Gruppen und Minderheiten Respekt erfahren und zu ihrem Recht kommen.

*Das heißt für uns, dass wir Frauenrechte etwa auch in Diskussionen über die Leihmutterchaft für homosexuelle Paare oder über den richtigen Weg bei der Selbstbestimmung transidenter Menschen gleichberechtigt zu würdigen wissen.*

*Das heißt für uns, dass wir auch ein Leben mit geistiger oder / und körperlicher Behinderung von Beginn an als wertvoll und schutzwürdig begreifen. Maßnahmen zur Inklusion und Barrierefreiheit unterstützen wir ausdrücklich.*



*Das heißt für uns*, dass wir klar gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder Rassismus Stellung beziehen. Wer gezielt Stimmung gegen Frauen, Andersgläubige, Menschen mit Behinderung oder anderer Herkunft macht und damit Vorurteile schürt oder verfestigt, vergiftet das gesellschaftliche Klima auch für Menschen sexueller oder geschlechtlicher Minderheiten.

Kritische Diskussionen dürfen nicht zu einseitiger Frontenbildung führen, sodass gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Glaubwürdige Minderheitenpolitik macht deshalb grundsätzlich keinen Unterschied zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, sondern bemüht sich um einen gerechten Ausgleich, der allen Seiten gleichermaßen zu ihrem Recht verhilft.

Eine offene Gesellschaft muss gleichwohl die kritische Auseinandersetzung mit Minderheiten aushalten, ja sie *muss* in diesem Zusammenhang sogar unbequeme Diskussionen führen. Das gestehen wir nicht nur mit Blick auf unsere Community zu, wir fordern sie in Bezug auf Homo- und Transphobie auch mit Blick auf andere gesellschaftliche Gruppen ein; egal ob diese in der Mehr- oder Minderheit sind. Falsche Tabus gehen dagegen zulasten von unbescholtenen Angehörigen marginalisierter Gruppen.

Für uns ist in diesem Zusammenhang insbesondere klar: Es darf keine Toleranz mit Intoleranz geben!

- 5. Wir lehnen Sprachvorgaben ab.** Im Bemühen um gegenseitiges Verständnis, aus dem Akzeptanz erwachsen kann, stehen wir für einen entspannten Umgang mit unserer Alltagssprache. Für viele ist Gendern Ausdruck des Respekts gegenüber geschlechtlicher Vielfalt, die es sichtbar zu machen gilt; für die meisten ist es dagegen weder Aufgabe der Alltagssprache, Vielfalt selbst abzubilden, noch wird angenommen, Alltagssprache sei dazu adäquat imstande. Gendern sollte daher unserer Überzeugung nach im gesellschaftlichen Miteinander weder vorausgesetzt noch bekämpft werden. Denn Sprache muss sich aus sich heraus weiterentwickeln können und darf nicht Gegenstand eines Kulturkampfes werden.

In Schulen und Universitäten, in der öffentlichen Verwaltung und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollte Gender-Sprache daher nicht gegen den Willen und die gelebte Praxis einer gesellschaftlichen Mehrheit etabliert und vorausgesetzt werden.

Andernfalls kann Gendern dazu beitragen, dass sich Menschen durch den bloßen Gebrauch ihrer nicht-genderten Alltagssprache deklassiert fühlen.



Schließlich wird das Gendern bisweilen derartig politisch aufgeladen und überhöht, sodass Nicht-Gendern mit Rückständigkeit, gar Diskriminierung gleichgesetzt wird. Dies wird der Absicht und dem Empfinden vieler Menschen nicht gerecht, die sich jenseits der Gender-Sprache um Respekt und Anstand bemühen. Ein respektvoller, diskriminierungsfreier Umgang muss nicht und darf auch nicht durch ein rigide reglementiertes Sprach-Protokoll verschult werden.

Wir sehen vor diesem Hintergrund die Gefahr, dass Gendern in einer vielfältigen Gesellschaft am Ende nicht zu einer inklusiveren, sondern exklusiveren Sprache führen kann. Nicht zuletzt auch deshalb, da das Gendern durch Satz- und Sonderzeichen für blinde und sehbehinderte Menschen ebenso barriere-reich und herausfordernd ist wie bisweilen für Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache oder anderen Sprachhemmnissen. Von jeglichen Sprachvorgaben jenseits der korrekten deutschen Rechtschreibung ist daher Abstand zu nehmen.

## Zusammenhalt schaffen.

Uns als LSU liegt der Zusammenhalt der Gesellschaft am Herzen. Wir nehmen uns bei diesem Streben selbst genauso in die Pflicht wie andere Gruppen der Gesellschaft. Denn wer wirklich für die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten nachhaltig eintreten will, muss zu sich selbst auf Distanz gehen, sich fair in einen Gesamtkontext einordnen können, ohne sich dabei zu verbiegen oder zu verleugnen.

Wir verstehen eine Politik im Geiste des Regenbogens als Politik ohne Lieblingsfarbe, die um die anstrengende Vielfalt der gesamten Breite einer bunten Gesellschaft weiß und sich dieser durch eine offene Haltung von Selbstreflexion, Dialog und Ausgleich stellt.

Eine Politik im Geiste des Regenbogens macht folglich nicht die eigene Wahrnehmung und die eigenen Interessen zum Maß aller Dinge, sondern versucht genauso Perspektiven aus einem fremden „Farbspektrum“ nachzuvollziehen und bemüht sich so sehr um Verständigung, wie es von anderen mit Blick auf die eigenen Belange auch erwartet wird.

Wir werben also für ein gesellschaftliches Selbstverständnis, wonach sich jeder weniger aufgeregt, weniger gekränkt und weniger konfrontativ, sondern stattdessen wohlwollender und konstruktiver an Debatten beteiligt.

„Wir haben alle etwas zu gewinnen, wenn wir zu einem leiseren Ton zurückfinden, zu Nüchternheit und einem Verstehen wollen, zu einer Gesellschaft, in der Positionen bleiben mögen, aber Lager sich auflösen.“\*

\*Ein Zitat des Kinder- und Jugendpsychiater Thomas Lempp, der als Chefarzt am Frankfurter Clementine Kinderhospital die erste in Deutschland mit dem Zertifikat „Trans\*-freundliches Krankenhaus“ ausgezeichnete Klinik leitet.